

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 06. März 2018

Zur Ratssitzung am 06. März 2018 bringt die Fraktion DIE LINKE. einen **Antrag zur Stärkung von Frauenhäusern** und zur ausreichenden Bereitstellung von Schutzräumen und Wohnungen für von Gewalt bedrohten Frauen ein. Dazu erklärt Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„In einem aktuellen Beitrag des NDR wurde berichtet, dass überfüllte Frauenhäuser in Niedersachsen im vergangenen Jahr insgesamt 2.600 Frauen abgewiesen haben. Auch in Osnabrück ist die Situation alarmierend. Im letzten Juli meldete die Neue Osnabrücker Zeitung, dass 404 Frauen nicht untergebracht wurden.

Diese Situation ist nicht länger tragbar. **Von Gewalt bedrohte Frauen müssen sofort Hilfe erhalten.** Die Kommune hat dafür zu sorgen, dass ausreichend Plätze bereitgestellt werden. Daher fordern wir die Verwaltung auf zu prüfen, wie die Versorgung gewährleistet werden kann.

Es zeigt sich auch hier wieder einmal der **Mangel an bezahlbarem Wohnraum** in unserer Stadt. Die Frauenhäuser müssen vor allem fortlaufend Frauen abweisen, da die Frauen, die bereits im Frauenhaus untergekommen sind, Schwierigkeiten haben eine Wohnung zu finden.

Die Stadt muss dafür sorgen, dass die bereits in Frauenhäusern untergekommen Frauen eine Perspektive und **bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt** erhalten. In akuten Notsituationen sollte dabei leerstehender Wohnraum ins Auge gefasst werden. Zur Lösung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum brauchen wir nun endlich die **kommunale Wohnungsbaugenossenschaft**.

Um die Probleme langfristig zu lösen, hilft nur die Stärkung der Frauenhäuser in Niedersachsen. Hier ist vor allem die Landesregierung in der Pflicht dafür zu sorgen, dass **ausreichend finanzielle Unterstützung** geleistet wird und flächendeckende Angebote an Frauenhäusern in Niedersachsen vorgehalten werden.“

Das Thema **Stromsperrn** beschäftigt die Fraktion DIE LINKE.. Dazu stellte die Fraktion eine Anfrage an die Verwaltung. Dazu Ratsfrau Heidi Reichinnek:

„Das Sperren von Strom hat für die betroffenen Menschen dramatische Auswirkungen. Es gibt die Möglichkeit bei der Verwaltung einen Antrag auf Übernahme der Stromschulden zu stellen. Wir möchten nun wissen, wie viele derartige Anträge in den letzten Jahren gestellt wurden.

Leider hilft diese Möglichkeit nicht, wenn den betroffenen Menschen nicht klar ist, dass sie einen Antrag auf Übernahme stellen können. **Im Jahr 2015 stellten 120 Menschen einen Antrag**, es lagen aber **nach Informationen der Stadtwerke 648 Stromsperrn vor**. Daher fragen wir die Verwaltung, in welcher Form auf diese Möglichkeit hingewiesen wird und welche Verbesserungsmöglichkeiten denkbar sind.

Abschließend möchten wir die Anzahl der Stromsperrn in den letzten beiden Jahren wissen. Der Trend in den Jahren davor war rückläufig, von 990 im Jahr 2013 auf 648 im Jahr 2015. Wir hoffen natürlich, dass dieser Trend weiter anhält. Die **Versorgung mit Strom ist essentiell** und muss **allen Menschen möglich sein**.“

Mit einem gemeinsamen Antrag fordert die Regenbogenkoalition einen Beschluss des Rates zum **„Osnabrücker Signal** gegen atomare Aufrüstung und für eine friedliche Welt“. Dazu erklärt Reichinnek:

„Das **Engagement von Osnabrücker Bürger*innen für Frieden** und atomare Abrüstung darf nicht mit dem Verweis auf Nichtzuständigkeit abgetan werden. Dadurch wird der ehrenamtliche Einsatz der Bürger*innen nicht wertgeschätzt.

Mit einer Beschlussfassung zum Osnabrücker Signal können wir als Rat das Profil Osnabrücks als Friedensstadt stärken. Im 400. Jahr nach Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs ist es besonders angebracht die Rolle Osnabrücks als Friedensstadt mit Leben zu füllen. Die Petition der Teilnehmenden des Osnabrücker Signals ist ein **Paradebeispiel für den zivilgesellschaftlichen Einsatz für den Frieden** und sollte vom Rat auch die gebührende Wertschätzung erhalten.“

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 06. März 2018

Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Osnabrücker Rat befasst sich mit **Kreativ- und Proberäumen** in Osnabrück. Heidi Reichinnek merkt dazu an:

„Die Musikszene in Osnabrück ist durch die bevorstehenden Entwicklungen am Limberg und Güterbahnhof akut bedroht. Vor allem am Limberg gibt es eine große Gruppe von Musiker*innen, die dort ihre **vielfältige Musikkultur zur kreativen Entfaltung** bringen. Es gibt Ideen, daraus ein Musikdorf zu entwickeln.

Diese Orte gilt es **mittelfristig zu sichern und langfristig Perspektiven** für die Osnabrücker Musikszene zu schaffen. Dabei sollte auch geklärt werden, ob es langfristige Perspektiven am Limberg geben kann. Unserer Fraktion ist es dabei besonders wichtig, die **Musikszene in die Planungen mit einzubeziehen.**“

Zum **Luftreinhalteplan**, welcher in der heutigen Ratssitzung zur Öffentlichkeitsbeteiligung freigegeben werden soll, äußert sich Brandes-Steggewentz:

„Die vorgesehenen **Maßnahmen im Luftreinhalteplan reichen nicht aus**. Um tatsächlich Dieselfahrverbote abzuwenden, sind intensivere Anstrengungen nötig. Die **Einhaltung der Grenzwerte muss vor 2022 erfolgen**. Deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag zu TOP 9.5. der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Dazu bedarf es der **Umrüstung der betroffenen Dieselfahrzeuge** und zwar vollständig **finanziert durch die Autolobby**.

Die **zusätzliche Nachrüstung von Dieseln** durch die Stadtwerke ist sehr zu begrüßen und muss jetzt unverzüglich angegangen werden. Dabei sollten auch **kurzfristige Maßnahmen zur Steigerung der ÖPNV-Attraktivität** umgesetzt werden: Streckenausweitung, Taktverdichtung, Ausdehnung der Betriebszeiten und Beschleunigung sind hier denkbar.

Langfristige Ziele müssen weiter intensiv und ernsthaft verfolgt werden. Dazu zählen wir den **Fahrscheinlosen ÖPNV**, die Verlagerung der **City-Logistik auf Lastenräder** zur Vermeidung des LKW-Verkehrs und auch die **Stadtbahn**.

Die nun kommende öffentliche Debatte um den Luftreinhalteplan sollte ergebnisorientiert erfolgen. Wir hoffen dabei auf eine **breite Beteiligung der Bürger*innen** und auf viele Stellungnahmen und Vorschläge. Nur gemeinsam mit den Bürger*innen, allen Parteien im Stadtrat und der Verwaltung werden wir dafür sorgen können, die **Luftqualität zu verbessern und nachhaltige Mobilitätsformen zu etablieren.**“